

MEDIENKONFERENZ VOM 8. SEPTEMBER 2023

Daniel Lampart
 Chefökonom und Sekretariatsleiter

Sinkende Realeinkommen der Gering- und Normalverdienenden

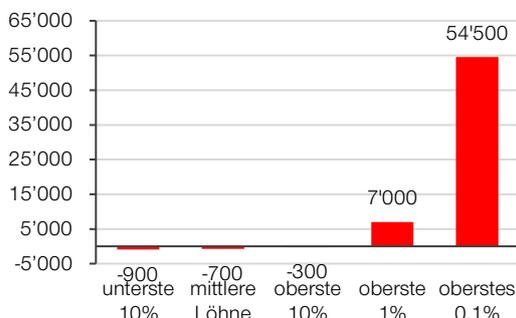
Es braucht eine Wende in der Schweizer Lohn- und Einkommenspolitik

Die Teuerung, der Krankenkassen-Prämienchock und die höheren Mieten belasten die Haushalte stark. Dazu kommt der Anstieg der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozentpunkte auf Anfang 2024 sowie drohende Strompreiserhöhungen. Ein Paar mit zwei Kindern wird im nächsten Jahr real rund 3'000 Franken weniger Geld zur Verfügung haben als im Jahr 2020 – wenn es keine substantziellen Lohn-erhöhungen gibt und wenn sich die politischen Mehrheiten bei Bund und Kantonen weigern Gegenmassnahmen zu beschliessen.

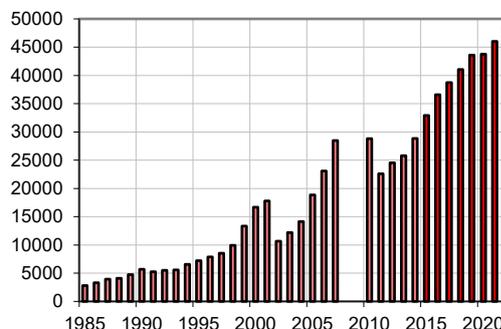
Arbeitgeber vergolden Manager und Aktionäre – Arbeitnehmende mit Reallohnverlust

Die Löhne entwickelten sich in den letzten Jahren völlig in die falsche Richtung. Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen, die auf das Geld angewiesen sind, haben real weniger Lohn. Die obersten 50'000 – also Personen mit mindestens 300'000 Franken Lohn – und die Aktionäre wurden von den Arbeitgebern vergoldet. Sie erhielten Lohnerhöhungen und Dividendenzahlungen, von denen die Normalverdienenden nur träumen können.

Veränderung der Reallöhne 2016-2022
 (in Franken)



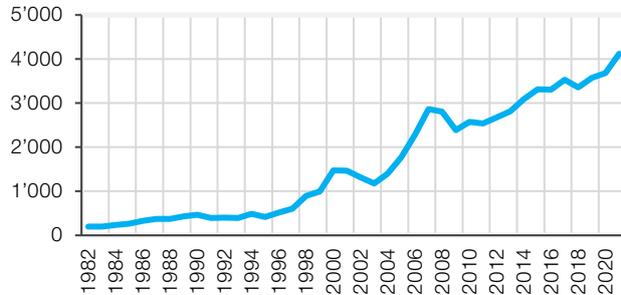
Dividendenausschüttungen je Geschäftsjahr
 (SPI-Firmen, Mio. Fr., 2022 Schätzung mit SMI)



Die Abzocker-Initiative, die im Jahr 2013 angenommen wurde, war eine Täuschung um die Bevölkerung ruhig zu stellen. So wie der SGB leider vorausgesagt hat. Die Toplöhne sind unmittelbar nach der Abstimmung wieder steil gestiegen. Heute gibt es deutlich mehr als 4'000 Lohnmillionäre. Das ist fast drei Mal mehr als vor 20 Jahren. Das Problem der Lohnschere ist ungelöst.

Anzahl Lohnmillionäre

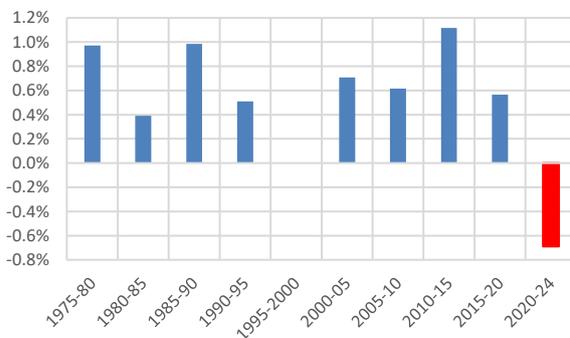
(Personen)



Bei den Löhnen der Normalverdienenden macht es sich nun bitter bemerkbar, dass die Arbeitgeber die Teuerungsausgleichs-Regeln aus den Gesamtarbeitsverträgen herausgestrichen haben. Was früher für die Arbeitgeber selbstverständlich war, nämlich dass sie die Kaufkraft ihrer MitarbeiterInnen gewährleisten, gilt heute nicht mehr. Arbeitgeber lassen es zu, dass es den Angestellten und ArbeiterInnen finanziell schlechter geht. Das ist beschämend – vor allem wenn man sieht, wie viele Firmen heute hohe Gewinne machen.

Mittleres Wachstum der Reallöhne

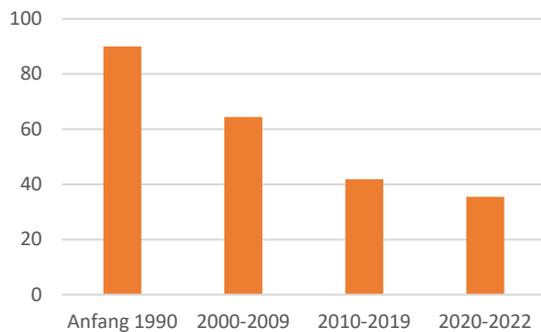
(durchschnittliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)



In der letzten Teuerungsphase der 1990er-Jahren hatte noch ein Viertel einen automatischen Teuerungsausgleich. Heute gibt es das nur noch in einzelnen GAV – und das meistens auch nur unvollständig. In den Lohnverhandlungen musste deshalb nicht zuerst lange über die Teuerungsanpassung verhandelt werden, sondern man schritt gleich zu den Reallöhnen.

Der Anteil genereller Lohnerhöhungen nahm stark ab. Leidtragende sind vor allem langjährige und ältere MitarbeiterInnen, die keine oder nur eine bescheidene Lohnerhöhung erhalten. Viele von ihnen haben weniger Reallohn. Die Individualisierung hat stark zur Lohnschere beigetragen. Denn von den individuellen Lohnerhöhungen und Bonuslohnsystemen profitieren die oberen Lohnklassen überproportional.

Anteil genereller Lohnerhöhungen in den Gesamtarbeitsverträgen (in Prozent)



Die Bevölkerung ist klar der Meinung, dass es den Teuerungsausgleich braucht. Die in Kantonen und Städten beschlossenen Mindestlöhne enthalten einen automatischen Teuerungsausgleich und darüber teilweise sogar Realloohnerhöhungen. Die Arbeitgeber dürfen sich nicht wundern, wenn in den Kantonen immer mehr staatliche Mindestlöhne eingeführt werden, wenn sie ihren sozialen Pflichten nicht nachkommen.

Positiv ist immerhin, dass mit den Mindestlöhnen im GAV der Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie vor der Corona-Krise erstmals seit langem wieder ein Teuerungsausgleich eingeführt wurde. Positiv sind auch einige Lohnabschlüsse. In der Reinigungsbranche wurden die Löhne in den Verhandlungen seit 2019 beispielsweise um rund 10 Prozent erhöht.

Einkommenspolitik für die Oberschicht: Steuern senken, Prämienverbilligungen vorenthalten

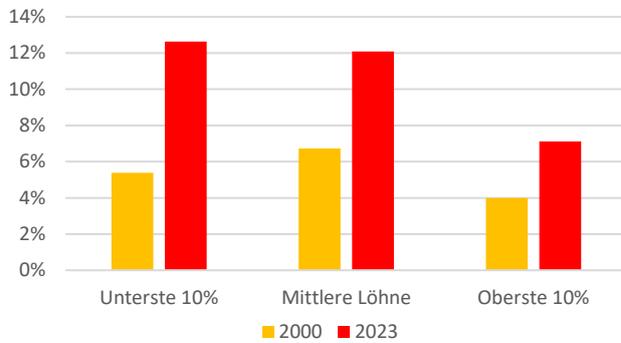
In keinem Land Europas zahlt der Koch, der hart und lange arbeitet und trotzdem nur einen bescheidenen Lohn erhält, gleich viel für die Krankenversicherung wie der Milliardär – ausser in der Schweiz. Die Kopfprämien sind eine unsoziale Schweizer Fehlkonstruktion.

Die Prämienlast nimmt brutal zu. Wir rechnen für 2024 mit einem Prämienanstieg von 7.5 Prozent oder mehr – nachdem die Prämien bereits auf 2023 um 6.6 Prozent gestiegen sind. Ein Paar mit 2 Kindern bezahlt bereits heute 1'000 Franken pro Monat. Selbst wenn es ein HMO-Modell gewählt hat. Der Bundesrat hat bei der Einführung der obligatorischen Krankenkassen versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Prämien ausgeben soll. Die Realität ist heute, dass viele das Doppelte an Prämien zahlen müssen.

Um die Prämienlast für die Bevölkerung erträglicher zu machen, haben die Kantone das Mittel der Prämienverbilligungen. Sie erhalten dafür vom Bund viel Geld, nämlich rund 300 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Doch die Kantone stehen auf der Bremse. Sie zahlen heute sogar weniger als der Bund, obwohl im Finanzausgleich ein Verhältnis von 50:50 vorgesehen ist.

Kein Wunder, steigen die Prämien viel stärker als die Prämienverbilligungen. Die Kantone senken lieber die Steuern für Gutsituierte und Firmen. Der Kanton Aargau plant beispielsweise eine Senkung der Vermögenssteuer für die Reichsten im Kanton um 50 Mio. Fr. Gleichzeitig zahlt er wesentlich weniger als der Bund für die Prämienverbilligungen (37 statt 50 Prozent). Eine Familie mit mittlerem Einkommen muss heute fast das Doppelte des Einkommens für die Prämie aufwenden als vor 20 Jahren. Diese Politik auf Kosten der Normalverdienenden ist inakzeptabel.

Krankenkassen-Prämienbelastung von Paaren mit 2 Kindern (in Prozent des Bruttolohnes, Standardprämie)



Es braucht eine Wende in der Lohn- und Einkommenspolitik

In der Schweiz braucht es eine Wende in der Lohn- und Einkommenspolitik. Geld ist genug vorhanden, damit alle Arbeitnehmenden mit ihrem Einkommen über die Runden kommen können, ohne sich gross Sorgen machen zu müssen. Der SGB wird am 16. September in Bern dafür demonstrieren.

In der gegenwärtigen Lohnrunde braucht es generelle Lohnerhöhungen in der Grössenordnung von 5 Prozent. Wer eine Berufslehre abgeschlossen hat, soll mindestens 5000 Franken im Monat verdienen. Der Teuerungsausgleich muss in den Gesamt- und Arbeitsverträgen wieder selbstverständlich sein. Einkommenspolitisch sind nun die unteren und mittleren Einkommen am Zug. Es braucht höhere Prämienverbilligungen statt Steuersenkungen für Vermögende und GutverdienerInnen.